

Bundesratswahl und Konkordanz

Im Zusammenhang mit den anstehenden Bundesratswahlen berufen sich alle auf die Konkordanz. Nicht von ungefähr. Konkordanz war eine wesentliche Grundlage für die Erfolgsgeschichte der Schweiz in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Doch was ist Konkordanz? Für die Einen bedeutet es Vertretung im Bundesrat nach prozentualer Stärke, für andere, dass die drittgrösste Partei Anspruch auf zwei Sitz hat usw. Dabei hat Konkordanz überhaupt nichts mit Zahlen zu tun. Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Übereinstimmung. Es ist verwandt mit dem Wort Konkordia, auf Deutsch Eintracht.

Konkordanz hat nichts mit Zahlen zu tun. Das Wort bedeutet Übereinstimmung.

Bis gegen Ende des letzten Jahrhunderts meinte man mit Konkordanz, dass im Bundesrat eine gewisse Einigkeit bezüglich der grundlegenden Fragen von Politik und Gesellschaft bestehen muss oder zumindest angestrebt werden soll, beispielsweise Bekenntnis zu den Sozialwerken, zur Wirtschaftsfreiheit, zur bewaffneten Neutralität usw. So hat die SP als damals stärkste Partei erst 1943 ihren ersten Bundesrat erhalten, nachdem sie vorher ihre grundsätzliche Ablehnung der Armee und ihre Forderung nach der Diktatur des Proletariats aufgegeben hatte. Und im Bestreben um eine minimale Einmütigkeit im Bundesrat verstand es sich von selbst, dass statt der von einer Partei vorgeschlagenen Person nicht selten eine andere gewählt wurde, der man mehr Konsensfähigkeit und Teamgeist zutraute.

Statt der Konkordanz sind heute Profilierung aufgrund kurzfristiger Stimmungen und einseitige Extrempositionen Trumpf.

In den letzten Jahrzehnten, beginnend mit dem Ende des kalten Krieges und verstärkt durch das EWR-Nein, ist ein tiefgreifender Wandel eingetreten. Die bewährte Konkordanzpolitik wurde durch Polarisierung und Verabsolutierung von Einzelproblemen immer mehr beeinträchtigt. Das Bestreben nach einem übereinstimmenden Grundverständnis unserer Gesellschaft ist immer weniger gefragt; Profilierung aufgrund kurzfristiger Stimmungen und einseitige Extrempositionen sind Trumpf. Das ist die Ausgangslage der kommenden Bundesratswahlen.

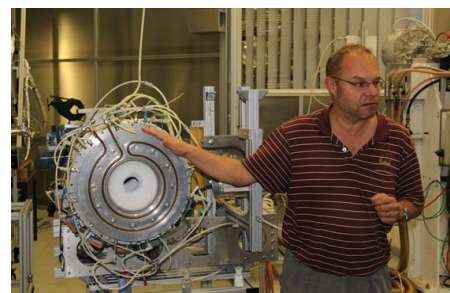
Wenn in einem Vereinsvorstand oder in einer Geschäftsleitung einzelne Mitglieder ihre eigenen Steckenpferde reiten und die persönliche Profilierung pflegen, kann das auf die Dauer nicht gut gehen. Bei unserer Landesregierung ist es nicht anders. Jene Mitglieder der Bundesversammlung, denen an einer ausgewogenen und breit abgestützten Politik sowie an einem gut funktionierenden Bundesrat gelegen ist, sind bei diesem Wahlgeschäft nicht zu beneiden.

Dass Parteien möglichst viel Gewicht in der Regierung haben wollen, kann man ihnen nicht verargen, wohl aber dass einzelne ihr Macht- und Profilierungsstreben als Konkordanz ausgeben.

Dieser Text basiert weitgehend auf einem Artikel von Prof. Urs Altermatt, einem Spezialisten für Schweizer Zeitgeschichte.

Blick in die Energieforschung

Gegen dreissig Personen sind der Einladung in den letzten CVP-Mitteilungen gefolgt und haben einen Freitagnachmittag und Abend eingesetzt, um das Paul Scherrer Institut zu besichtigen. Sie haben es nicht bereut. Die aufgezeigten Projekte zur Nutzbarmachung der Sonnenenergie waren beeindruckend, soll dies doch möglichst effizient geschehen und so, dass bei der Umwandlung von Wärme in höhere Energie weder CO₂ noch andere unerwünschte Stoffe anfallen. Es wurde gleichsam die Aussage unserer Energieministerin Doris Leuthard sichtbar gemacht, dass wir in unserm Land die Fähigkeit haben, den Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen.



Der Rundgang durch das Forschungsgelände zeigte aber auch eindrücklich die Hindernisse, die noch überwunden werden müssen, bis die von der Sonne gewonnene Energie in unser Strom- oder Gasnetz eingespeist werden kann, und zwar dann, wenn wir die Energie brauchen, nicht nur bei Sonnenschein.

Beim gemeinsamen Nachtessen im Restaurant „subito“ in Zürich waren rundum zufriedene Gesichter zu sehen.

Für die Agenda

Freitag, 20. Januar 2012
ab 19.00 Uhr



Spaghetti-Plausch

im Foyer Birchstrasse 20, Effretikon

Wie üblich sind Gäste herzlich eingeladen. Bringen Sie Bekannte, Freundinnen und Freunde mit zu diesem Anlass und sagen Sie ihnen rechtzeitig, sie sollen sich den Termin reservieren.

Zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. November 2011

**Für jene, die es ganz kurz mögen:
Alles Nein und bei der Stichfrage Vorlage A ankreuzen.**

Zwei Vorlagen zum Flughafen Zürich

Vorlage A geht auf eine Initiative von 42 Gemeinden, vorwiegend im Osten und Westen des Flughafens, zurück. Illnau-Effretikon gehört auch dazu. Sie verlangt, dass sich der Kanton, soweit dies das Bundesrecht zulässt, dafür einsetzt, dass Neu- oder Ausbauten von Pisten unterbleiben. Die Initiative ist stark umstritten. Der Kantonsrat hat ihr mehrheitlich zugestimmt, der Regierungsrat lehnt sie ab, und auch die kantonalen Delegierten der CVP empfehlen sie mehrheitlich zur Ablehnung. Für die Ablehnung spricht, dass bereits nach dem geltenden Flughafengesetz der Kantonsrat mit einem referendumsfähigen Beschluss über Pistenbauten entscheidet. Im Klartext heisst das, dass über allfällige konkrete Ausbauprojekte in jedem Fall das Volk abstimmen kann. Sodann werden zur Zeit verschiedene Betriebsvarianten geprüft, und dabei hat sich gezeigt, dass einzelne Varianten mit Pistenverlängerung lärmässig deutlich besser abschneiden als andere Varianten, die auf dem aktuellen Pistensystem beruhen. Und entscheidend sind doch möglichst geringe Auswirkungen des Flughafens, nicht die Länge seiner Pisten. Auf den Punkt gebracht: **Die Vorlage ist unnötig und könnte sich gar als kontraproduktiv erweisen.**

Die sogenannten Südschneiser haben einen Gegenvorschlag eingereicht, der noch weitere Forderungen enthält, die sich vor allem gegen die Südanflüge richten. Dieser Gegenvorschlag wird von Kantons- und Regierungsrat abgelehnt und auch von den CVP-Delegierten fast einstimmig.

Volksinitiative „Stau weg!“

Diese vom TCS lancierte Initiative verlangt, dass der Kanton mit einer Standesinitiative vom Bund fordert, dass dieser verschiedene Ergänzungen des Nationalstrassennetzes im Kanton Zürich bis 2025 umsetzt. Der Wunsch nach einer Verbesserung der Staulage ist verständlich, und einige Projekte sind vom Bund auch bereits bewilligt oder in Vorbereitung. Die vollständige Umsetzung aller aufgezählten Vorhaben bis 2025 würde aber bedeuten, dass der Bund die für den Strassenbau zur Verfügung stehenden Mittel fast ausschliesslich im Kanton Zürich einsetzen müsste. Eine solche Forderung hat in Bern keine Chance. Sie würde als Zürcher Arroganz gewertet und könnte sich nur negativ auswirken.

Volksinitiative „Für faire Ferien“

Diese Initiative verlangt, dass Angestellte des Kantons wegen der immer höheren Belastung, beispielsweise in den Spitälern oder bei der Polizei, mindestens fünf Wochen Ferien erhalten, wie das beim Bund und auch mehrheitlich in der Privatwirtschaft der Fall ist. Konkret betrifft das die 20- bis 49-Jährigen; die andern haben schon heute fünf Wochen Ferien. Kantons- und Regierungsrat sowie die CVP-Delegierten lehnen die Forderung ab, weil das kantonale Personal die über die 42-Stundenwoche hinaus geleistete Arbeit bis zu 15 Arbeitstagen kompensieren kann, und weil die Freizeitregelung teilweise über das in der Privatwirtschaft Übliche hinausgeht (z.B. fünftägiger Vaterschaftsurlaub). Vor allem aber werden die auf jährlich 44 Mio. Franken geschätzten Mehrkosten angesichts der düstern Finanzaussichten als nicht verantwortbar gewichtet. Hinzu kommen Kosten in ähnlicher Höhe bei jenen Gemeinden, welche für ihr Personal die Bestimmungen des Kantons übernehmen.

Ständeratswahlen:

Die CVP empfiehlt Verena Diener und Felix Gutzwiller

Im ersten Wahlgang der Ständeratswahlen hat die CVP mit Urs Hany einen eigenen Kandidaten gestellt. Dies nicht, weil sie realitätsfremd glaubte, eine Chance zu haben. Es ging darum, bei den verschiedenen Wahlveranstaltungen mit den Ständeratskandidaten dabei zu sein.

Im zweiten Wahlgang gibt es nur noch drei Kandidaturen, die Bisherigen Verena Diener (glp) und Felix Gutzwiller (FDP) sowie neu Christoph Blocher (SVP).



Dazu ist vorab folgendes klarzustellen: Der Nationalrat wird im Proporzverfahren gewählt, womit die Stärke der Parteien abgebildet wird. Der Ständerat dagegen wird im Majorzverfahren gewählt, d.h. es ist eine reine Personenwahl. Der Ständerat ist nicht das verkleinerte Abbild des Nationalrats mit einem rechnerischen Anspruch auf Sitze, sondern es geht allein um die Persönlichkeit der Kandidierenden.

Die kantonalen Delegierten empfehlen ohne Gegenstimme Verena Diener und Felix Gutzwiller zur Wahl. Verena Diener hat in der letzten Legislaturperiode in der gemeinsamen Fraktion mit der CVP zusammengearbeitet und sich als sachliche und ausgewogene Politikerin bewährt. Diese Eigenschaften treffen weitgehend auch auf Felix Gutzwiller zu. Auch wenn er etwas rechts von der Mitte steht, ist er für uns wählbar. Seine Art hebt sich positiv ab von der extremen und polarisierenden Politik der SVP und ihres Kandidaten.

Herausgeber dieser Mitteilungen:

Vorstand der CVP Illnau-Effretikon

Redaktion dieser Ausgabe: Beat Lanter

CVP Illnau-Effretikon
Wangenerstrasse 22, 8307 Effretikon
PC 84-9822-9

E-Mail: klaus.gersbach@gmx.ch

www.illnau-effretikon.ch/verena/cvp_illnau-effretikon